Wer das Filmfestival Locarno besucht, hat nach dem Film keine Chance, mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Hause zu kommen. Es sei denn, er lebe im Tessin. KEYSTONE

«Es geht um das Überleben von Locarno»

Dürfen Parlamentarier am Filmfestival Hotelübernachtungen annehmen? Ja, sagt Festival-Präsident Marco Solari

Viele Parlamentarier stehen vor einem Dilemma. Dürfen sie Einladungen mit Hotelübernachtungen annehmen? SP-Nationalrätin Nadine Masshardt will nun Klarheit schaffen.

VON **HENRY HABEGGER UND OTHMAR VON MATT**

In der Wandelhalle gibt es ein grosses Thema unter den Parlamentariern. Wie sollen sie nach der Kasachstan-Affäre mit Einladungen für das Filmfestival Locarno vom 5. bis 15. August umgehen, die nun eintreffen von Post, Swisscom, UBS, Swiss und SBB? Dürfen sie die offerierten Übernachtungen akzeptieren? Oder müssen sie diese selbst berappen?

Eine Frage, die SP-Nationalrat Matthias Aebischer auf spezielle Art gelöst hat: Er berappt die Hotelkosten in Locarno selbst. Und doch bleibt sie für den Präsidenten der Bildungskommission (WBK) ein Dilemma. «Eine Übernachtung geht nach meinem Gespür eigentlich bereits zu weit», sagt er. «Das wäre aber schlimm für Locarno. Eine Einladung ohne Hotelübernachtung bringt nichts. Wäre das verboten, hätte das Filmfestival ein ernsthaftes Problem.»

Das sei «nun wirklich die zentrale Frage, die mich im Moment beschäftigt», sagt Marco Solari, Präsident des Filmfestivals von Locarno. Am 1. Juni hatte er ein Treffen mit allen CEOs der Sponsoren. «Ich sagte ihnen zu dieser Problematik: Eine Einladung nach Locarno muss doch in unserem Land immer noch verhältnismässig sein.» Es könne nicht im Interesse der Schweiz liegen, «dass Veranstaltungen nur noch im goldenen Dreieck zwischen Zürich, Basel und Bern stattfinden können», betont er. «Das wäre eine immense Ungerechtigkeit gegenüber den Randregionen, die alles tun, um nicht unter die Räder zu kommen.» Solari betont: «Es geht um das Überleben von Locarno.» Ohne Sponsoren sei «Locarno am Ende und das Tessin gedemütigt. Das kann nicht im Interesse der Schweiz liegen.» Locarno gehöre heute von 3000 Filmfestivals weltweit zu den Top Ten. «Wir haben Locarno systematisch auch als Mikro-Mikro-Davos aufgebaut», sagt Solari. «Locarno ist zu einer politischen Sommerplattform geworden, auf der sich Wirtschaft und Politik in einer zwanglosen Form treffen. Und diese Treffen finden alle in einem relativ kargen und nüchternen Rahmen statt.»

SP-Nationalrat Aebischer sieht einen Kompromiss. «Eine Lösung wäre, dass Veranstalter günstige Hotelkonditionen anbieten würden. Es müssen nicht immer Vier- oder Fünfsternehotels sein.»

DIE UNSICHERHEIT WILL jetzt die Berner SP-Nationalrätin Nadine Masshardt (30) aus der Welt schaffen. Sie arbeitet an einer parlamentarischen Initiative, die in der SP-Fraktion diskutiert und danach eingereicht werden soll.

Konkret will Masshardt festschreiben, dass Parlamentarier ihre Reisen im In- und Ausland inklusive Hotelkosten ab einem bestimmten Betrag selbst bezahlen.

Im Parlamentsgesetz will sie folgende Passage einfügen: «Die Parlamentsmitglieder können Einladungen einer schweizerischen oder internationalen Interessenorganisation zu einer Informationsreise annehmen, sofern die Ratsmitglieder die Reisekosten selber bezahlen. Geldwerte Leistungen unter einem noch zu bestimmenden Betrag sind von dieser Regelung ausgenommen.»

Zu den Reisekosten gehören für Masshardt auch Hotelübernachtungen. Diese werden von diversen Parlamentariern heute faktisch nicht zu den Reisekosten gezählt, was heisst, dass sie sich einladen lassen. Wo die erlaubte Höchstgrenze für Einladungen liegt und ob spendierte Hotelübernachtungen künftig noch drinliegen, lässt Masshardt im Moment offen. «Das soll und kann die vorberatende Kommission diskutieren. Aber analog zu den bisherigen Empfehlungen des Büros stehen für mich als ‹Ausnahmen› Einladungen zu Essen, Apéros etc. im Vordergrund», sagt sie.

Andererseits wirft Masshardt die Frage auf, ob Parlamentarier wie bei Sprachaufenthalten einen bestimmten Kredit für Auslandreisen erhalten sollen. Denn klar ist, dass sich nicht alle Politiker teure Reisen leisten können.

MIT EINER ZWEITEN parlamentarischen Initiative will Masshardt auch Unsicherheiten und Wildwuchs im Umgang mit Spenden beseitigen. Heute sind Politiker niemandem Rechenschaft schuldig, woher beispielsweise ihre Wahlkampfgelder kommen. Masshardt verlangt jetzt, dass Politiker «Spenden oder geldwerte Zuwendungen» ab einer bestimmten Höhe in einem öffentlichen Register angeben müssen. Einzelspenden samt deren Herkunft sollen ab 5000 Franken meldepflichtig sein.

Zu ihren Beweggründen sagt Masshardt: «Vertrauen der Bevölkerung in die Politik ist für das Funktionieren unserer Demokratie zentral. Regelungen über Reisekosten und Spenden im Parlamentsgesetz würden diese stärken.» Sie ist überzeugt: «Das sorgt für mehr Verbindlichkeit als blosse Empfehlungen der Ratsbüros.» > KOMMENTAR SEITE 17

Tessin will Anti-Mafia-Behörde

Bundespolitiker um Marco Romano (CVP) treffen Bundesanwalt Lauber zu Aussprache

VON **HENRY HABEGGER**

Knall auf Fall hat Bundesanwalt Michael Lauber letzte Woche Pierluigi Pasi freigestellt. Pasi war der Chef der Zweigstelle Lugano der Bundesanwaltschaft (BA). Die Abwicklung des Mafiajägers schlug im Tessin ein wie eine Bombe.

Jetzt werden die Tessiner Bundesparlamentarier wortreiflig bei Lauber in Bern: «Die Tessiner Delegation wird Bundesanwalt Lauber nächste Woche zu einer Aussprache treffen», bestätigt CVP-Nationalrat Marco Romano, der wie Pasi aus Mendrisio stammt.

Romano will von Lauber Klartext hören. In Bezug auf Pasi. Dieser hat am Freitag im «Corriere del Ticino» selbst Erstaunliches erzählt, dass gegen ihn keine administrativen oder strafrechtlichen Verfahren laufen. Romano will nun, dass die BA selbst das auch sagt. «Das hat sie bisher nicht getan und öffnet unbegründeten Spekulationen Tür und Tor», sagt Romano. «Es geht um die Glaubwürdigkeit der Bundesanwaltschaft.»

Tatsächlich wird die BA auf Anfrage jetzt klarer. «Die BA führt keine Disziplinarverfahren oder ein Strafverfahren gegen Pierluigi Pasi. Gegenstand der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten bildet die Führung der Zweigstelle und nicht die Tätigkeit von Pierluigi Pasi als Staatsanwalt», sagt Sprecher Andrei Marty. Er bestätigt auch, dass Lauber mit Pasi inzwischen «eine Vereinbarung über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses getroffen» hat. Zu Details, etwa über die Höhe der Abfindung, schweigen die Beteiligten.

Im Tessin geht jetzt die Befürchtung um, dass Lauber die Zweigstelle sterben will. Die Tessiner Delegation will auch hier Klartext hören. «Wir werden die Zusicherung verlangen, dass die Bundesanwaltschaft die Situation im Tessin jetzt nicht aussitzt», sagt Romano. Im Gegenteil will der CVP-Vertreter verlangen, dass Lugano zur Schaltstelle im Anti-Mafia-Kampf wird. «Ein Thema bei der Besprechung wird sein, dass Lugano künftig die Koordination bei der Bekämpfung der italienischen organisierten Kriminalität (OK) übernimmt. Von hier aus sollen die Kontakte mit den italienischen Behörden koordiniert werden. Auch die Koordination mit der Bundesanwaltschaft muss in den Jahresberichten, wie wichtig der Kampf gegen die Mafia sei, aber Priorität hat er dann doch nicht. Dann soll man aber gefälligst dazu stehen.» Lauber hatte 2014 in einem Interview gesagt, im Kampf gegen die Mafia mache die BA «keine Abenteuer mehr». Parallel dazu ist die Abteilung «Organisierte Kriminalität» aus dem Organigramm der BA verschwunden. Der Bereich wurde in die Abteilung Staatsschutz integriert. Dabei hatte Lauber bei seinem Amtsantritt 2012 die Bekämpfung der OK, namentlich der Mafia, «oberst auf seiner Prioritätenliste» gewertet.

> «Lugano muss künftig die Koordination bei der Mafia-Bekämpfung übernehmen.»
>
> MARCO ROMANO, NATIONALRAT CVP TI

DIE TESSINER haben eine weitere Forderung: «Der Nachfolger von Pasi muss italienischer Muttersprache sein», macht Romano klar. «Der kann ein Tessiner sein oder ein Bündner. Einen Deutschschweizer mit Schulitalienisch werden wir aber nicht akzeptieren.»

Lauber wird am Mittwoch vom Parlament als Bundesanwalt wiedergewählt. Trotz dieser Kritik etwa wegen des Umgangs mit dem Personal ist der Entscheid eine Formsache.

Geheimdienstaufsicht GPDel untersucht Spionagefälle

Es geht um die NSA/BND-Affäre und Cyberangriffe in Genf

VON **HENRY HABEGGER**

Die jüngsten Schlagzeilen zum Spionage-Angriff auf die Schweiz haben die für die Geheimdienstaufsicht zuständige Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) den Parlamenten auf den Plan gerufen. Bereits seit einiger Zeit befassen sich die Aufseher laut Informationen der «Schweiz am Sonntag» mit der NSA-Affäre um den deutschen Nachrichtendienst BND. Dieser soll im Auftrag der NSA Internet- und Gespräche abgehört haben.

Dem Vernehmen nach hat sich die GPDel einen Bericht dazu liefern lassen. Eine der Fragen ist, ob auch der Schweizer Nachrichtendienst NDB mit Suchbegriffen gearbeitet hat, die von den Amerikanern eingebracht wurden.

Der Präsident der GPDel, CVP-Ständerat Paul Niederberger (NW), sagt auf Anfrage: «Die GPDel wird sich demnächst mit dem Thema befassen und die für die Oberaufsicht relevanten Fragen prüfen. Ob sich daraus ein weiterer Handlungsbedarf für die GPDel ergibt, kann ich im jetzigen Zeitpunkt nicht sagen.»

Die Zusammenarbeit von NSA und BND wurde und wird in Deutschland bis hin zur Politik diskutiert. Der österreichische Grünen-Politiker Peter Pilz hatte Details der Operation «Eikonal» enthüllt und gesagt, dass auch Swisscom-Leitungen nach Genf und Zürich abgehört wurden, bevor in der Schweiz geheim dann aus, dass der Schweizer Nachrichtendienst ebenso wie der BND mit dem Amerikaner in dieser Hinsicht zusammenarbeitet. «Das sind Partnerdienste, sie arbeiten zusammen», sagt einer.

EBENFALLS AKTIV ist die erwähnte Delegation im Fall der angeblichen Cyber-Spionage durch den israelischen Geheimdienst Mossad. Dieser soll die Abzweigungen mit dem Iran belauscht haben, indem er Viren in die Computersysteme von Luxushotels einschleuste. GPDel-Chef Niederberger sagt: «Die GPDel hat sowohl vom Nachrichtendienst des Bundes als auch von der Bundesanwaltschaft Informationen zu dem Spionage-Attacken erhalten und wird die Angelegenheit weiter.»

Die Bundesanwaltschaft ermittelt in dieser Sache wegen verbotenen politischen Nachrichtendiensten. In einem Genfer Hotel wurde bei einer Hausdurchsuchung IT-Material beschlagnahmt, wie die Bundesanwaltschaft mitteilte. Der Bundesrat hatte zuvor die Ermächtigung für das Verfahren erteilt, die laut Gesetz nötig ist, bevor bestimmt, etwas mit den Cyber-Angriffen zu tun zu haben.